



Sicherheitspolitik Bremen

www.sicherheitspolitik-bremen.de

Hans Bösenberg
Oberst a.D.

Oberländer Hafen 11, 13. Januar 2015
28199 Bremen
Tel.: 0421-69899793
Mobil: 0172-8013632
E-Mail: hans.boesenberg@t-online.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum „Gesprächskreis Sicherheitspolitik“ lade ich Sie herzlich ein:



Prof. Dr. Heiko Pleines

*Die Ukraine-Krise und danach - Was ändert sich
in der internationalen Politik?*

Dienstag, 24. Februar 2015, 19:00 Uhr
Haus Schütting, Börsensaal, Am Markt 13, 28195 Bremen

Mit freundlichen Grüßen

Anmeldung erbeten

Der Referent

Prof. Dr. Heiko Pleines ist Leiter des Arbeitsbereichs „Politik und Wirtschaft“ der „Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen“. In seinem Werdegang durchlief er folgende Stationen:

- B.A. Russian Studies an der School of Slavonic and East European Studies (University of London) und M.A. in Geschichte, Wirtschaftswissenschaft und Publizistik an der Ruhr-Universität Bochum
- 1998-2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), Köln
- 2000-2005 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
- 2002 Promotion am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin zum Thema "Wirtschaftseliten und Politik im Rußland der Jelzin-Ära, 1994-1999"
- 2003 Gastwissenschaftler am Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiev
- 2004 Visiting scholar am Davis Center der Harvard University
- 2005-2007 Gastwissenschaftler an der Higher School of Economics, Moskau, im Rahmen eines Stipendiums der Alexander von Humboldt-Stiftung
- 2006 Habilitation an der Universität Bremen (Fachbereich Sozialwissenschaften, Venia legendi für Politikwissenschaft) zum Thema "Reformblockaden in der Wirtschaftspolitik. Eine vergleichende Analyse der Rolle von Wirtschaftsakteuren in Polen, Russland und der Ukraine"
- WS 2007/2008 Vertretungsprofessur "Vergleich politischer Systeme" im Fachbereich 8 an der Universität Bremen

Zu seinen Publikationen zählen unter anderen:

- Pleines, Heiko (2008): Reformblockaden in der Wirtschaftspolitik. Die Rolle von Wirtschaftsakteuren in Polen, Russland und der Ukraine, Wiesbaden (VS Verlag).
- Pleines, Heiko (2005): Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004, Münster (LIT).
- Harter, Stefanie / Gravingholt, Jörn / Pleines, Heiko / Schröder, Hans-Henning (2003): Geschäfte mit der Macht. Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992-2001, Bremen (Edition Temmen).
- Pleines, Heiko (2003): Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, Münster (LIT).
- Fruchtmann, Jakob / Pleines, Heiko (2002): Wirtschaftskulturelle Faktoren in der russischen Steuergesetzgebung und Steuerpraxis, Münster (LIT).
- Pleines, Heiko (1998): Energy in Ukraine, London (Financial Times Energy Publishing).

In einem Themenbereich, der an Aktualität und an Bedeutung für die sicherheitspolitische Zukunft Deutschlands und Europas kaum zu überbieten ist, verfügt Prof. Dr. Pleines über herausragende Kompetenz. Seine Positionen, häufig abweichend vom publizistischen Mainstream, vermittelt er engagiert, temperamentvoll und argumentationsstark. Ich freue mich auf eine lebendige Diskussion in unserem Gesprächskreis.

Das Thema

„25 Jahre nach dem Mauerfall – und fast 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – ist Europa wieder geteilt. (...) Moskau und der Westen stehen sich feindseliger gegenüber als in der Spätphase des Kalten Krieges.“ Mit diesen dramatischen Worten beschreibt DER SPIEGEL (24.11.2014) die Konsequenzen der Ukraine-Krise. In der Zeitschrift „Internationale Politik“ (01.11.2014) heißt es sachlich-schlicht: „Die Ukraine-Krise hat die Grundlagen der europäischen Sicherheitsordnung dauerhaft verändert“. Gorbatschow wertet aus etwas anderer Perspektive im Interview drastischer: „Die NATO-Osterweiterung hat die europäische Sicherheitsordnung zerstört“ (DER SPIEGEL, 10.01.2015). Die Historiker-Autorität Heinrich August Winkler ordnet die Ereignisse als „historische Zäsur“ ein. Und die Bundeskanzlerin präzisiert in ihrer viel beachteten Rede in Sydney am 17.11.2014 in aller Deutlichkeit: „Russland verletzt die territoriale Integrität und die staatliche Souveränität der Ukraine. Ein Nachbarstaat Russlands, die Ukraine, wird als Einflussosphäre angesehen. Das stellt nach dem Schrecken zweier Weltkriege und dem Ende des Kalten Krieges die europäische Friedensordnung insgesamt infrage.“

Seit der Zeitenwende 1989/1990 war die internationale Politik und spezifisch die der EU und Deutschlands geprägt von der Annahme, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, die universale Geltung von Menschenrechten und die Unverletzbarkeit von Grenzen dauerhaft dominante Ordnungsprinzipien der internationalen Politik sein würden. Mit (humanitären) Interventionen wurde der internationalen Etablierung dieser Ordnung nachgeholfen, vielfach allerdings ohne nachhaltigen Erfolg. Auch wenn kaum jemand nach der Zeitenwende der Vorstellung vom „Ende der Geschichte“ folgte, so wurde doch nationale Machtpolitik als ein Gestaltungsprinzip vergangener geschichtlicher Epochen verstanden. Erfolgsmilanzen autokratisch regierter Aufstiegsnationen wurden als vorübergehende Entwicklungsstadien eingestuft. Die EU wurde dagegen als Zukunftsmodell präsentiert; ihre Attraktivität für Beitrittskandidaten untermauerte diese Sicht ebenso wie die Verleihung des Friedensnobelpreises.

Die Ukraine-Krise offenbart, dass diese Sicht der Dinge nicht nur in fernen Weltregionen, sondern auch vor der EU-Haustür nicht von allen geteilt wird. In seinem Bestreben, Russlands Großmachtstatus gegenüber dem Westen zu behaupten, verschiebt Putin Grenzen, markiert ohne Rücksicht auf das Völkerrecht Einflussosphären und stuft Widerstände als klassische machtpolitische Interessenkonflikte in einem Nullsummenspiel ein. Die Zwischenbilanz des putinschen Vorgehens ist für Russland zweischneidig: Putins Binnen-Popularitätswerte stiegen fulminant, auch international findet er bei einer gewissen Klientel Zustimmung. Andererseits verschlechtert sich Russlands ökonomische Lage rapide; es sieht sich einer an Stärke gewinnenden NATO und EU gegenüber; die Ukraine orientiert sich eindeutiger als jemals zuvor westwärts. Es spricht einiges dafür, dass in der Langzeitperspektive Putin der Verlierer der Krise sein wird.

Der Westen hingegen sieht sich Herausforderungen ausgesetzt, auf die er nicht vorbereitet ist. Der EU und der NATO, die sich in der Krise in unerwarteter Geschlossenheit präsentieren, steht ein schwieriger Anpassungsprozess bevor. Deutschland findet sich in einer zentralen Verantwortungsrolle und engagiert sich intensiv – größtenteils im EU-Rahmen und in bilateraler Verständigung mit Nachbarländern - mit eigenständigen Ansätzen in der Gratwanderung zwischen Konsequenz und Deeskalation. Dass Sicherheit in Europa nie gegen, sondern nur mit Russland erreicht werden kann, bleibt unbestrittene Handlungsleitlinie. Das Konzept „Wandel durch Handel“ und die „Modernisierungspartnerschaft“ sind allerdings diskreditiert. Innenpolitisch entfalten sich in Deutschland unerwartete Konflikte zwischen sogenannten „Russlandverstehern“ und prinzipientreuen Hardlinern. Wenig beeindruckt urteilt DER SPIEGEL in seiner bereits zitierten Ausgabe vom 24.11.2014 zusammenfassend: „In einer der bedeutendsten Fragen der europäischen Außenpolitik hat Deutschland versagt.“

In der Ukraine-Krise sind Problemfelder der zukünftigen globalen und insbesondere europäischen Ordnung fokussiert. Es werden Grundsatzfragen nach den Gestaltungskräften und Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts aufgeworfen: Multipolarität oder Hegemonie, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie oder Autoritarismus, Multilateralismus und supranationale Entscheidungsstrukturen oder Kräftespiel nationaler Interessen, soft power versus hard power. In Abhängigkeit von der Wirkungskraft der Ordnungsprinzipien wird sich der Stellenwert internationaler Organisationen wie UNO, EU, OSZE, Eurasische Union, WTO und der Nationen manifestieren. In einer Ausdifferenzierung der Problemfelder stellen sich zahlreiche Einzelfragen:

- Welche Bedeutung haben die historischen geopolitischen Konfliktlinien in der Krisenregion für die aktuelle Lageentwicklung?
- Wie wird im Entwicklungsprozess des Völkerrechts das Selbstbestimmungsrecht von Ethnien, Regionen und Staaten im Licht neuartiger Krisenszenarien definiert werden? Wie wird das Prinzip „Responsibility to Protect (R2P)“ ausgestaltet werden?
- Welche Präzedenzwirkung haben die - aus ukrainischer Sicht negativen - Folgen des Verzichts auf Atomwaffen auf die weltweite Kernwaffenproliferation?
- Welche Chancen bieten sich grundsätzlich für den Ausbau kooperativ geprägter Systeme kollektiver Sicherheit für Europa und in anderen Weltregionen? Ist eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur („Haus Europa“, „Vancouver-Wladiwostok“, Medwedew-Initiative) denkbar? Kann sich Europa den Status geostrategischer Handlungsfähigkeit im Zeitalter der Globalisierung sichern?
- Liegt der Putinschen Politik ein langfristiges strategisches Konzept zu Grunde? Sind die russische Einkreisungsbefürchtung und die Furcht vor der Präzedenzwirkung der ukrainischen „Orangen Revolution“ nachvollziehbar?
- War die Osterweiterungspolitik der NATO und EU aggressiv oder vertragskonform? Wurden russische Sicherheitsinteressen angemessen berücksichtigt? Ist die strategische Partnerschaft der NATO und EU mit Russland revitalisierbar oder wird geostrategische Rivalität zukunftsbestimmend sein? Welche Langzeitstrategie sollte gegenüber Russland im Kompromiss zwischen Kooperation und Containment verfolgt werden?
- Wie wird sich die Position Russlands im internationalen Gefüge entwickeln? Ist für Russland ein Weltmachtstatus illusorisch? Wird sich die „Eurasische Union“ zum global player entwickeln und welche Beziehung wird sie gegebenenfalls zur EU aufbauen?
- Berücksichtigt die westliche Politik genügend die eigenständigen Interessen der Ukraine oder orientiert sie sich ausschließlich an den Beziehungen zu Russland? Welche Zukunftsrolle bietet sich langfristig der (nunmehr „blockfreien“) Ukraine im europäischen Staatengefüge und in der inneren Struktur? Wie steht es um die mittelfristigen Chancen eines Beitritts der Ukraine zu NATO und EU? Wie kann die Ukraine unterhalb der Beitrittsebene stabilisiert werden?
- Ist das Gefühl der Bedrohung durch das heutige Russland, das für die postsowjetischen östlichen EU- und NATO-Randstaaten maßgeblich politikbestimmend ist, berechtigt und real fundiert? Wie muss die EU-Partnerschaftspolitik neu justiert werden?
- Wie kann der Westen den Herausforderungen einer „hybriden Kriegführung“ begegnen? Welche Konsequenzen müssen NATO und EU ziehen? Wie ist die GSVP der EU zu gestalten?
- Und nicht zuletzt: Wie kann konkret ein Ausweg aus der aktuellen Krise gefunden werden, ohne Aufgabe unverzichtbarer Prinzipien, aber unter Gesichtswahrung? Kann ein weiterer „eingefrorener Konflikt“ verhindert werden?